

Agrarwende auf den Betrieben und in den Dörfern

von Ulrike Ostendorff

Ulrike Ostendorff, Biobäuern in Westfalen, ist Mitglied in drei Organisationen, die sich schon seit vielen Jahren die Leitbilder auf die Fahnen geschrieben haben, die nun unter dem Begriff „Agrarwende“ salonfähig geworden sind. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) steht für die soziale Frage, für eine bäuerliche Landwirtschaft, für eine gerechte Bezahlung der geleisteten Arbeit. Bioland steht als Verband des ökologischen Anbaus für die Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Neuland als Verband für artgerechte Nutztierhaltung thematisiert ethische Fragen in der landwirtschaftlichen Produktion und betreibt Fleischvermarktung als angewandten Tierschutz. Die Autorin versucht zu beschreiben, was bisher von der Agrarwende auf den Biobetrieben angekommen ist und wie „die anderen“ auf den Dörfern reagieren.

Das Besondere an der BSE-Krise und der durch sie ausgelösten Neuorientierung der Agrarpolitik war, dass plötzlich unsere Themen, mit denen wir jahrelang, z. T. jahrzehntelang als Außenseiter hausieren gingen, in den Mittelpunkt der Diskussion rückten und nun als Leitbilder der neuen agrarpolitischen Ausrichtung gelten. Eine Entwicklung, die für uns noch vor einem Jahr so undenkbar war wie für die gesamte restliche Landwirtschaft auch. Mit dem Unterschied: für uns undenkbar utopisch – für die andere Seite wohl undenkbar bedrohlich.

Das agrarpolitische Leitbild waren bisher weltmarktorientierte Wachstumsbetriebe nach dem landwirtschaftlich-olympischen Motto: größer, schneller, reicher (je größer die Betriebe, je schneller die Produktion, umso reicher die Bauern). Bei allen Lippenbekenntnissen für den bäuerlichen Familienbetrieb: der Fachwerkhof und die Tiere im Stroh taugten doch hauptsächlich für Hoftage und als Streichelzoo auf der Grünen Woche.

Betriebe auf der Suche nach Alternativen wie Ökobetriebe, Regionalvermarkter, artgerechte Tierhalter etc. fristeten bisher, obwohl in der Öffentlichkeit sehr populär, ein Nischendasein. Die neue rot-grüne Agrarpolitik versucht nun offensiv, diese Produktionsformen auszudehnen und damit aus der Nische zu holen. In der öffentlichen Diskussion wird „Agrarwende“ allerdings reduziert auf die Formel „20 % Öko-Landbau in 10 Jahren“.

Was sagen die Bio-Bauern?

Wir alten Biobetriebe haben bisher ganz gut in der Nische gelebt. Wir haben unseren Markt auf den

verschiedenen Handelsstufen vom Großhandel bis zur Ab-Hof-Vermarktung aufgebaut, mit langsamen Wachstumsschritten, mal mehr, mal weniger erfolgreich im Kampf um kostendeckende Preise, insgesamt aber meistens positiv und gewinnbringend für unsere Höfe. Das Öffnen der Nische, d. h. die Ausweitung der Produktion und des Marktes wird nun von den bestehenden Biobetrieben z. T. sehr skeptisch gesehen. Bei einseitiger Förderung der Flächenumstellung (d. h. Produktionsausweitung ohne Förderung des Absatzes) werden wir Preiseinbrüche erleben. Damit riskieren wir einen verschärften Strukturwandel wie in der konventionellen Landwirtschaft. Große, flächenstarke Betriebe dominieren, kassieren die Masse der Prämien; kleinere Betriebe, vormals die „Pioniere“ der Bewegung, werden herausgedrängt. Trotzdem ist die Ausweitung des ökologischen Landbaus politisch erforderlich. Aber es ist genauso Aufgabe der Politik, auf die Entwicklung Einfluss zu nehmen und die Existenz der bestehenden Biobetriebe und vor allem der kleineren nicht zu gefährden. Die entsprechende Einflussnahme auf die Agrarpolitik ist die Pflicht politischer Verbände wie der AbL und der Anbauverbände.

Für die Anbauverbände wird es besonders schwierig werden. Denn sie werden den Spagat hinkriegen müssen zwischen der Interessensvertretung der Mitgliedsbetriebe einerseits, nämlich deren Existenzsicherung, und der Interessensvertretung des ökologischen Landbaus andererseits, nämlich der Ausweitung der Umstellungsflächen. Neben der politischen Zielsetzung geht es dabei auch um handfeste Verbandsinteressen, sichern doch höhe-

re Mitgliedszahlen den Einfluss und zusätzliche Flächen die Finanzen der Verbände. Die Anbauverbände werden damit vor Herausforderungen gestellt, die nicht ohne innerverbandliche Auseinandersetzungen zu bewältigen sein werden. Die erste schwer wiegende Entscheidung dieser Art haben Bioland und Demeter bereits für den Markt und gegen ihre eigenen Mitgliedsbetriebe gefällt, als sie sich für die EG-Öko-Verordnung und gegen den höheren AGÖL-Standard als Grundlage des neuen staatlichen Bio-Siegels aussprachen.

Es ist wie in der Politik: Opposition ist leichter als Regierung. Und in der Nische ist es gemütlicher als im rauen Wind der Marktentwicklung. Trotzdem kann die Nische nicht das Ziel sein, genau so wenig wie die Opposition. Um das Ziel der Ausweitung des ökologischen Landbaus zu erreichen, muss Politik auf drei Handlungsebenen tätig werden:

Erstens müssen die Verbraucher gewonnen und überzeugt werden. Nur durch eine kontinuierlich starke Nachfrage nach Öko-Produkten können langfristig bäuerliche Einkommen gesichert werden. Ein Krisenpublikum wie zu BSE-Zeiten beschert zwar kurzfristig enorme Umsätze, ist aber auf Dauer keine sichere Basis. Wir brauchen Vernunft statt Angst als Entscheidungshilfe an der Ladentheke. Dazu ist viel Aufklärungsarbeit nötig.

Zweitens müssen Infrastrukturen verbessert werden. Verarbeitungs- und Vermarktungswege müssen ausgebaut und gefördert werden, und nicht nur auf der Supermarktebene, die jetzt so sehr hofiert wird und extra ein Gütesiegel geschaffen bekam, „damit der Verbraucher sicher sein kann, dass auch Bio drin ist, wo Bio drauf steht.“ In der traditionellen Bio-Vermarktung, d. h. den Naturkostläden konnte „der Verbraucher“ schon lange der Bioqualität sicher sein. Hier müssen Fördermittel vor allem in eine Imagekampagne gesteckt werden, weg von Askese und Gesundheit, hin zu Genuss und Lebensfreude. Auch die Direktvermarkter brauchen Unterstützung. Für Biobetriebe ist es sehr ärgerlich, dass bei den Kunden häufig bäuerliche Ab-Hof-Vermarktung oder regionale Angebote mit Bioanbau gleich gesetzt werden. Hier müssen in erster Linie auch die angeschobenen Regionalprojekte auf eine saubere Abgrenzung achten.

Drittens müssen landwirtschaftliche Betriebe für die Umstellung gewonnen werden. Das wird die wohl schwierigste Aufgabe sein. Zwar stieg die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Nordrhein-Westfalen in 2001 sprunghaft um mehr als 50%

(durchschnittlich 13% in den letzten 3 Jahren) von 699 Betrieben mit 24.587 ha auf 1075 Betriebe mit 37.500 ha an. Damit hat der Bioanbau aber gerade 2% der Betriebe erreicht. Von den 12.900 ha neu umgestellten Flächen waren 83% Dauergrünland und 17% Ackerflächen. Der Schwerpunkt der Umstellung lag im Mittelgebirge (Sauerland, Bergisches Land, Eifel) und damit insbesondere bei Milchvieh- und Mutterkuhbetrieben.

Die hohen Umstellungszahlen in 2001 beruhen wohl auf folgenden Gründen: Aufgrund der gesellschaftlichen Diskussion um BSE und Agrarwende haben nun endlich diejenigen umgestellt, die schon länger mit dem Gedanken gespielt hatten. In Nordrhein-Westfalen brachte die angekündigte Verdoppelung der Umstellungsprämie in den ersten beiden Jahren auf 800 DM/ha für Acker- und Dauergrünland einen zusätzlichen finanziellen Anreiz. Außerdem ist der Umstellungsschritt für Grünlandbetriebe erheblich einfacher als für intensive Veredelungsbetriebe. Die hohe Umstellungsrate wird sich in den nächsten Jahren nur mit verstärkten Anstrengungen halten lassen. Längst gibt es auch deutliche Widerstände. So warnen Bauernverband und Wochenblatt immer wieder: „Die Landwirtschaft braucht kein neues Leitbild.“

Wie sieht es in den Dörfern aus?

Ein großer Teil der bäuerlichen Familien fühlt sich von der Gesellschaft mehr denn je an den Pranger gestellt und vertritt die Meinung: „Alle Förderung geht jetzt nur noch an die Biobauern.“ Dabei wird übersehen, dass diejenigen, die bisher die Absahner waren, nämlich die flächenstarken Ackerbaubetriebe, nach wie vor die Absahner sind und es auch vorläufig bleiben werden, weil die Grundlagen der Förderpolitik gar nicht so schnell geändert werden können.

Das Landwirtschaftliche Wochenblatt Westfalen-Lippe greift diese Stimmung auf und kommentiert, dass Wut und Ärger über die einseitige Ausrichtung der Agrarpolitik auf Öko-Landwirtschaft verständlich seien, wenn die Umstellung mit 400 oder 800 DM/ha gefördert werde. Das Ganze unter der Titelzeile „Der Berufsstand lebt von der Solidarität“ und der Zwischenüberschrift „Neid und Missgunst helfen nicht weiter“. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die Neiddiskussion ist voll entbrannt. Um es einmal klar zu stellen: gerade die geschmähte Umstellungsförderung ist kein Geld das Biobauern bekommen, sondern konventionelle Kollegen, um ihnen den Umstieg zu erleichtern. Unsere Bio-Molkerei setzt dann noch eins drauf

und zahlt Umstellern ein „Begrüßungsgeld“ von 3Pf/kg Milch auf die erste Jahresliefermenge. Wenn schon Neiddiskussion, dann bitte unter korrekten Voraussetzungen!

Zwischen Weltmarkt und Wochenmarkt gibt es den großen unentschlossenen Rest der bäuerlichen Betriebe, die es für die Agrarwende zu gewinnen gilt. Doch trotz der finanziellen Verlockungen werden Bäuerinnen und Bauern die Ökologisierung als weitere gesellschaftliche Zumutung an die Landwirtschaft empfinden und nicht als Angebot zur Existenzsicherung, wenn „von oben“ – also von der Officialberatung, der landwirtschaftlichen Fachpresse und den Fach- und Hochschulen – weiterhin massiv gegen die Agrarwende Stimmung gemacht wird. Ich fürchte, dass bei dieser Betriebsgruppe, die sich in den nächsten Jahren entscheiden muss zwischen Wachstum, Ökologisierung oder Ausstieg, noch immer der Ausstieg dominieren wird. Der dramatische Rückgang der Ausbildungszahlen ist ein deutliches Indiz für die Resignation auf vielen Höfen. Erste Aufgabe der neuen Agrarpolitik muss es sein, diesen Betrieben wieder eine Perspektive zu geben. Sonst wird das Höfesterben trotz oder wegen der Agrarwende (in den Köpfen der Bäuerinnen und Bauern *wegen* der Agrarwende) rasanter weitergehen denn je.

Wie ist es uns betrieblich ergangen?

Das erste Jahr der Agrarwende hat uns den Vorteil gebracht, dass wir als Biobetrieb jetzt die Flächenstilllegungsflächen zur Futtergewinnung nutzen dürfen. Zu dem Futterertrag der Klee grasflächen kommt der finanzielle Vorteil von gut 400 DM/ha höherer Prämie (Extensivierungsfläche statt Flächenstilllegung).

Nach extremen Höhenflügen zu Anfang des Jahres haben sich die Umsätze der Direktvermarktung inzwischen wieder auf Normalmaß eingependelt und liegen etwa 10 bis 15% über dem Vorjahr. Auf den anderen Handelsstufen gibt es keine gravierenden Veränderungen. Nach wie vor wollen Getreide und Kartoffeln am Markt untergebracht werden. Wir vermarkten Getreide bisher ausschließlich in 25-kg-Säcken an Groß- und Einzelhandel. Da die Ausweitung des Marktes aber im Wesentlichen über verarbeitete Produkte bzw. in Kleinverpackungen geschieht, steigt die Nachfrage der Verarbeitungsbetriebe nach günstiger loser Ware vor allem in großen Partien. Immer weniger Bioläden sind bereit, sich mit Sackware abzumühen. So kommt die tendenziell steigende Nachfrage nach Biogetreide auf Betrieben wie unserem nicht an. Biomilch ist

zwar knapp, das führt in unserer Molkerei aber nicht zu höheren Milchpreisen für bestehende Betriebe, die kein Begrüßungsgeld kassieren können.

Ganz anders der Schweinemarkt: Bioschweine boomen, der Preis hat entsprechend gut angezogen. Das ist erfreulich, aber da von unseren Schlachtschweinen nur ein geringer Teil in den Handel geht und der Rest ohnehin in die Direktvermarktung, macht das für uns nicht mehr als ein nettes Zubrot. Weil wir darauf verzichtet haben, von der auch von unserem Anbauverband praktizierten exzessiven Anwendung der Ausnahmeregelung für den Zukauf konventioneller Ferkel zu profitieren, haben wir nach wie vor zwar Bioferkel im Stall, aber diesen nicht voller als vor einem Jahr und damit das Nachsehen. Weniger Schlachtschweine und diese als Ferkel auch noch teurer eingekauft! Selber schuld.

Fazit

Persönlich haben wir keinen Grund zum Klagen. Insgesamt läuft unser Hof rund, mit der Entwicklung des letzten Jahres sogar noch etwas runder als vorher.

Trotzdem sehe ich keinen Anlass zu übertriebener Euphorie, denn längst ist klar, dass wir nicht die großen Gewinner der Agrarwende sein werden. Uns droht der Fluch des Erfolgs: Sobald eine (ehemalige) Außenseiterposition allgemein anerkannt, politisch gefördert und wirtschaftlich erfolgversprechend wird, haben die Pioniere ausgedient. Die Geschäfte machen dann andere. Warum sollte es auf dem Biomarkt anders zugehen?

Aber der Biomarkt ist schließlich nicht alles und auch 20% Öko-Landbau noch längst keine Agrarwende. Politisch brauchen wir dringend den Einsatz aller Kräfte für die begonnene Neuorientierung der Agrarpolitik, um mit langem Atem und reichlich gesellschaftlicher Unterstützung eine wirkliche Kehrtwende in der Landwirtschaft zustande zu bringen. Neben der Ökologisierung der Landbewirtschaftung wird diese sich messen lassen müssen an einem artgemäßen Umgang mit dem Nutztier in der breiten landwirtschaftlichen Produktion und einer gerechten Bezahlung der auf den Höfen geleisteten Arbeit.

Autorin

Ulrike Ostendorff ist Biobäuerin in Westfalen
Kontakt:
Hanenstr. 5, 59192 Bergkamen-Weddinghofen,
Tel.: 023 07/6 22 81
E-Mail: biohof.ostendorff@t-online.de